

Kiel, 03.07.2017

PRESSEMITTEILUNG

Mitgliederversammlung des Städteverbandes Schleswig-Holstein beglückwünscht die neue Landesregierung und bietet konstruktive Zusammenarbeit an

Die Mitgliederversammlung des Städteverbandes Schleswig-Holstein, die sich aus den Vorständen des Städtetages und des Städtebundes Schleswig-Holstein zusammensetzt, hat heute in Lübeck getagt und die kommunalrelevanten Inhalte des Koalitionsvertrages bewertet.

„Wir wünschen der neuen Landesregierung des 19. Schleswig-Holsteinischen Landtags stets eine glückliche Hand bei der Bewältigung der Herausforderungen für die Gestaltung des Landes Schleswig-Holstein“, erklärte der Vorsitzende des Städtetages, **Lübeck's Bürgermeister Bernd Saxe** und bot der neuen Landesregierung zugleich eine konstruktive Zusammenarbeit bei der Bewältigung dieser Herausforderung an. Einen besonderen Glückwunsch richtete die **Stv. Vorsitzende des Städtebundes, Christiane Küchenhof**, an den ausgeschiedenen Vorsitzenden des Städtebundes und nunmehr amtierenden Innenminister Hans-Joachim Grote. „Die Berücksichtigung kommunaler Interessen beim Regierungshandeln erweist sich als unerlässlich, weil Land und Kommunen nicht nur staatsorganisatorisch miteinander verbunden, sondern die Kommunen überwiegend für den Aufgabenvollzug verantwortlich sind. Deshalb ist es zu begrüßen, wenn sich die neue Landesregierung kommunalen Sachverständigen ausgewiesener Experten wie den langjährigen Oberbürgermeister Norderstedts bedient. Wir bedauern es, dass Herr Grote den kommunalen Landesverband nicht mehr repräsentiert und freuen uns, dass die kommunalen Interessen in der Landesregierung vertreten werden.“, so Küchenhof weiter.

Die Bewertung der kommunalen Inhalte des Koalitionsvertrages fällt differenziert aus. „Wir setzen auf eine Fortsetzung der Dialogkultur durch die neue Landesregierung“ machte Saxe deutlich. Es gibt viele offene Verhandlungspunkte mit der neuen Landesregierung, die insbesondere die Finanzbeziehungen des Landes zu den Kommunen betreffen und zügig geklärt werden müssen. „Mit der Auflegung eines Schulbauprogramms, der Zusage einer Fortsetzung des Konsolidierungshilfeprogramms und dem Anerkenntnis, sich stärker im KiTa-Bereich zu engagieren, werden kommunale Bedarfssituationen zwar anerkannt. Bei der Anpassung des kommunalen

Städtebund

Städtetag

Städteverband Schleswig-Holstein • Reventloulallee 6 • 24105 Kiel → Fon 0431 / 57 00 50 45 • Fax 0431 / 57 00 50 35
e-mail: info@staedteverband-sh.de • Internet: <http://www.staedteverband-sh.de>

len Finanzausgleichs bleiben die Festlegungen aber zu vage“, erklärte Saxe. „Zudem bestehe die Gefahr, dass die Diskussion über den kommunalen Finanzausgleich durch zusätzliche Prüfaufträge überfrachtet wird und das Ziel der Kommunen, zu einer schnellen Einigung und Verständigung zu kommen, auf diese Weise nicht erreicht werden könne, führte Schenefelds Bürgermeisterin Küchenhof weiter aus.

Auf schnelle Hilfe sind die Kommunen angewiesen, weil sie trotz eines bundesweiten Finanzierungsüberschusses in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr insgesamt rd. 110 Mio. € mehr ausgegeben mussten als sie eingenommen haben. Damit entwickeln sich die Kommunalfinanzen in Schleswig-Holstein nach wie vor gegen den Bundestrend.

Abschließend bedauerten die beiden Vorsitzenden, dass mit Blick auf die Kommunalwahl wichtige Regelungen für die Herstellung funktionsfähiger Kommunalvertretungen, wie z.B. die Wiedereinführung einer Sperrklausel, die Anhebung von Fraktionsmindeststärken oder Anpassungen für das Verhältniswahlverfahren in dem Koalitionsvertrag fehlen. Hierbei handelte es sich um eine Forderung aller kommunalen Landesverbände im Vorfeld der Landtagswahl.

Verantwortlich: Jochen von Allwörden
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städteverbandes Schleswig-Holstein



Städteverband
Schleswig-Holstein

Der Städteverband Schleswig-Holstein vertritt als kommunaler Landesverband die kommunalen Interessen und Belange aller 4 kreisfreien und 58 kreisangehörigen Städte, sowie der Gemeinden Halstenbek, Sylt und Rellingen. Die Mitglieder des Städteverbandes Schleswig-Holstein repräsentieren weit über die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner Schleswig-

Holsteins. In Schleswig-Holstein leben 55,6% der Menschen in Städten. Allein auf die vier kreisfreien Städte entfällt ein Einwohneranteil von knapp 22%. Zusammen mit den Menschen, die in Stadt-Umlandbereichen leben haben die städtischen Bereiche in Schleswig-Holstein einen Einwohneranteil von insgesamt 73,5%. Aufgrund seiner Mitgliederstruktur werden sowohl die Interessen des ländlichen, als auch des städtischen Raumes vertreten. Aufgabe ist es die im Grundgesetz und der Landesverfassung garantierten Rechte auf gemeindliche Selbstverwaltung zu wahren und zu stärken sowie die gesetzlich eingeräumten Beteiligungsrechte (§ 132 GO) wahrzunehmen.